



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sicherung der Traumafachstelle Nürnberg
(Kap. 14 05 Tit. 686 63)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 14 05 wird im Tit. 686 63 (Zuschüsse an Sonstige) für das Jahr 2027 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100,0 Tsd. Euro ausgebracht.

Begründung:

Eine gute psychosoziale Betreuung von Geflüchteten in Bayern ist im Interesse aller und gehört zu den Aufgaben, die sich aus dem Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfegesetz ableiten. Unter den Geflüchteten gibt es Menschen, die mit schweren Verletzungen, mit unbehandelten chronischen Erkrankungen und mit großen psychischen Belastungen zu uns kommen. Einige haben in der Heimat oder auf der Flucht Gewalt erlebt, haben Freunde und Verwandte verloren oder Krieg und Folter überlebt.

Die Traumafachstelle am Gesundheitsamt in Nürnberg leistet hervorragende, niederschwellige Arbeit für diese Menschen. Die „Fachstelle“ ist für viele Geflüchtete, Sozialarbeiter und freiwillige Helfer heute ein fester Begriff: Ein internationales Team aus Ärzten und medizinischen Fachangestellten arbeitet hier im Auftrag des Gesundheitsamtes. Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Erstuntersuchungen und Impfungen zum Schutz vor der Verbreitung ansteckender Krankheiten werden auch Sprechstunden für Geflüchtete angeboten und polizeilich auffällig gewordene Geflüchtete betreut. Die interkulturelle Kompetenz und Erfahrung des Teams tragen wesentlich dazu bei, dass Menschen anderer Kulturen Vertrauen fassen und sich einer Behandlung öffnen.